

Postfach



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21001 - 33
Fernschreiber 0226690

P/XIV/33 - 10. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Wohin steuert die westliche Deutschland-Politik? Genug der Diskussionen, nun an den Verhandlungstisch!	94
3 - 4	Mozart oder Haydn? Streit um die Bundeshymne in Österreich Von unserem Korrespondenten Karl Franta, Wien	71
5 - 6	Verwirrung an der Saar Landtagswahlen als Ausweg?	65
7	Das Fernsehen lockt Interessante Zahlen aus der Jahresstatistik von Hamburg	50

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen Artikel von Jürgen E. Warner, Referent für Rundfunkfragen beim Parteivorstand der SPD, "Zweites Fernsehen - politisch geplant".

* * *
* * *

Wohin steuert die westliche Deutschlandpolitik?

ler - Als kranker Mann hat der amerikanische Aussenminister Dulles seine Blitztour nach London, Paris und Bonn unternommen; als schwer Leidender scheidet er nun für einige Zeit aus der aktiven Führung der amerikanischen Aussenpolitik aus; dies zu einer Zeit, in der die internationale Entwicklung, ausgelöst durch die sowjetrussischen Berlin-Vorstösse, gerade von der grössten Macht des Westens Einsicht, Mut, Initiative und eine starke Führung verlangt. Das menschliche Mitgefühl ist John Foster Dulles gewiss, denn wohl auf keinem Aussenminister der westlichen Welt lastet eine so schwere Verantwortung wie auf den Schultern dieses Mannes.

Die Erkundungsfahrt des amerikanischen Aussenministers galt dem Zweck, eine gemeinsame Plattform der drei Westmächte für das Gespräch mit der Sowjetunion zu finden. Dieses Gespräch, das sich nicht im Negativen erschöpfen darf, wird von einer aufgerüttelten und von schwerer Sorge erfüllten Weltmeinung immer dringender gefordert. Es gibt eine mächtige Strömung in den Vereinigten Staaten, personifiziert durch die Namen Fulbright, Vorsitzender des einflussreichen amerikanischen Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, durch den Senator Mansfield, der sich schon bei früheren Gelegenheiten als ein Mann mit Ideen erwiesen hat, durch den früheren USA-Botschafter in Moskau, Kennan, den das State Department nun wieder als Berater zugezogen hat. Diese drei Berechnlichkeiten gehören der demokratischen Partei an, die sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus die Mehrheit besitzt. Die gegenwärtige amerikanische Regierung muss auf sie aus vielen Gründen starke Rücksicht nehmen.

Das Gefühl, dass man nicht wie der Vogel Strauss den Kopf in den Sand stecken darf und alles tun muss, um ein gefährliches Reisewerden des Kalten Krieges zu verhindern, geht aber auch durch alle britischen Parteien. Es nötigte den britischen Premier Macmillan zu der für den 21. Februar geplanten Reise nach Moskau - recht ungern gesehen von Bonn und von Paris, die in dieser Reise, sehr zu Unrecht, eine Schwächung der westlichen Solidarität und einer Aufweichung der westlichen Positionen sehen. Nur das Frankreich de Gaulles bleibt anscheinend von solchen Strömungen unberührt, aus allzu verständlichen Gründen nimmt es in der Berlin-Frage eine starre Haltung ein, um in einem Zustand latenter Spannungen sich selbst als Führungsmacht in Europa mit Atomgewicht etablieren zu können.

Nach aussen hin kehrte der schwerkranke Dulles mit der Versicherung der westlichen Einigkeit und der Abwehr aller sowjetischen Vorstösse zurück. Es fehlt nicht an starken Worten, wie man sie auch schon bei früheren Gelegenheiten vernahm, nur haben sie wieder den fatalen Beigeschmack, dass sie die Berlin- und die Deutschland-Frage nicht weiterbringen. Möglicherweise hat dies zum vorläufigen Ausscheiden Dulles' beigetragen. Die Wiederholung alter Formeln für eine neue Situation ist und gibt keine Antwort. Man hat auch nicht den Eindruck, dass sich die Bonner Gespräche wesentlich von den in Paris und London geführten unterscheiden, obwohl doch Bonn in erster Linie als einer

10. Februar 1959

der Hauptbetroffenen verpflichtet wäre, alle vier Mächte nun zum Verhandlungstisch zu drängen. Offenbar ist die Bundesregierung, immer noch, wie in der ersten Phase nach dem 27. November bestrebt, Sowjetvorstöße einfach zurückzuschlagen, statt von sich aus Vorschläge für eine geeignete Gesprächsgrundlage zu machen. In dem Abschlusskommuniqué der NATO-Mächte vom 16. Dezember 1958 wurde zwar gesagt, der Rat sei der Auffassung, dass "die Berlin-Frage nur in einen Über-einkommen mit der UdSSR über das ganze Deutschland-Problem gelöst werden kann," und dass die Westmächte wiederholt erklärt haben "dieses Problem wie auch das der europäischen Sicherheit und der Abrüstung zu prüfen," aber inzwischen sind kostbare zwei Monate verfloßen, ohne dass auch nur die Umrisse von Verhandlungsvorschlägen sichtbar wären. Halten es die Westmächte für eine hohe Kunst der Diplomatie, so lange herumzureden, bis sie auf nur einem Punkt, eben der Berlin-Frage, gelandet sind? Heute kommt es doch darauf an, so lange noch Zeit und die Uhr nicht abgelaufen ist, mit Gegenvorstellungen aufzuwarten, die auch für die Sowjetunion interessant sind. Dass die Westmächte sich aus Berlin nicht verdrängen lassen, das weiss auch Moskau. Aber das ist nicht der entscheidende Faktor. Entscheidend ist doch eine mit neuen Ideen ausgestattete Verhandlungsbereitschaft des Westens, über die Behandlung des deutschen Friedensvertrages und der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems die militärische Krisensituation in Europa zu entschärfen. Wenn die offizielle westliche Politik sich schon nicht mit einem Rapacki-Plan befreundet will, warum fällt ihr dann nicht etwas Besseres ein, das die Russen zwingt, in ein fruchtbares Gespräch einzutreten, was sie dann nicht ausschlagen können, wenn ihnen wirklich daran gelegen ist, wie sie es vorgeben, den Frieden in Europa zu erhalten und die Folgen des zweiten Weltkrieges zu liquidieren?

Auf brauchbare Vorschläge kommt es jetzt an. Die Dulles-Gespräche in London, Paris und Bonn haben sie nicht geliefert. Warum schweigt in dieser Stunde der Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Eugen Gerstenmaier? Etwa vor einem Monat hat er ausdrücklich davor gewarnt, die Diskussion über notwendige aussenpolitische Schritte dadurch zu belasten, dass wir uns die Begriffe mit sowjetischem Inhalt füllen lassen. Damals sagte er, es gelte, den militärischen und aussenpolitischen Status Deutschlands auszuhandeln, den zweiten Weltkrieg zu liquidieren, inden die Entschädigungen und die Grenzen ausgehandelt werden und den Faktor zu schaffen, der den Friedensvertrag ratifizieren und erfüllen könne, nämlich ein wiedervereintes Deutschland. Das waren Einsichten eines Mannes, die von den Ähnungen des Morgen getragen sind.

Worauf will man heute denn noch warten - etwa auf die Zeit? Sie ist kein Verbündeter, denn die Sowjetunion wird, wie selbst Dulles in einem Geheim-Bericht zugab, von Jahr zu Jahr stärker statt schwächer. Das war allerdings für die Ohren wachsamer amerikanischer Senatoren bestimmt, aber für die Öffentlichkeit liefert man, wie die Kommuniqués bekunden, noch Floskeln, die der Politik in diesem sich zuspitzenden Stadium keine befreienden Anstöße zu geben vermögen.

Mozart oder Haydn?

Von unserem Korrespondenten Karl Franta, Wien

Die wechselvolle Geschichte Österreichs in den vergangenen fünfzig Jahren hat es mit sich gebracht, daß neben sonstigen Symbolen dieses Staatswesens auch die National- oder Bundeshymne wechselte. Die herrliche Melodie des "Kaiserliedes", die der große österreichische Tondichter Joseph Haydn geschaffen hatte, blieb bis zum Ende des zweiten Weltkrieges allerdings unverändert; man beschränkte sich darauf, sie jeweils mit anderen offiziellen Texten zu singen. Aus dem "Gott erhalte, Gott beschütze unsern Kaiser ..." wurde in der ersten Republik "Sei gesegnet ohne Ende, Heimaterde ..." und schließlich, nachdem bereits die Weimarer Republik die gleiche Melodie übernommen hatte, das "Deutschlandlied" mit den Anfangsworten "Deutschland, Deutschland über alles ...". Diese Melodie mit einem neuen Text ist bekanntlich auch von der Bundesrepublik als Bundeshymne übernommen worden.

In der unseligen Erinnerung an die Zeiten von Habsburg, Dollfuß und Hitler entschloß man sich in Österreich nach 1945, eine neue Bundeshymne mit neuer Melodie und neuem Text einzuführen. Zu der ebenfalls großartigen Melodie des "Bundesliedes" von Wolfgang Amadeus Mozart schuf die inzwischen verstorbene österreichische Dichterin Paula Preradovic einen Text, der möglicherweise zu den schönsten gehört, die je ein Volk für seine Hymne besessen hat.

In wenigen Wochen feiert nun Österreich und die ganze Kulturwelt das Andenken des vor 150 Jahren verstorbenen Joseph Haydn. Das Jahr 1959 ist also ebenso ein Haydn-Gedenkjahr wie etwa ein Schiller-Gedenkjahr. Die 150. Wiederkehr des Todestages des Schöpfers der Kaiserhymne nehmen reaktionäre Kreise, die von der ÖVP gefördert werden, zum Anlaß, eine Wiedereinführung der alten Hymne, wenn auch mit einem neuen, noch zu schaffenden Text, zu fordern. Damit ist in die politischen Auseinandersetzungen der Gegenwart - die beispielsweise noch keine Gewißheit darüber gewinnen lassen, ob die nächsten Wahlen im Herbst oder bereits im Frühjahr stattfinden werden - der Streit um eine Bundeshymne gekommen. Die Gemüter, die sich an diesem Streitobjekt erhitzen, könnte man wegen des Mangels anderer Sorgen beneiden, stünde dahinter nicht mehr als bloß die Frage: Mozart-Melodie oder Haydn-Melodie?

Die Frage, welche der beiden Melodien "schöner" ist, ist müßig, die Frage, wer von den beiden österreichischen Tondichtern "größer" ist, ist lächerlich, und der von der Reaktion in die politische Diskussion geworfene Streit "Mozart oder Haydn" ist eine Schande. Nicht unwichtig, ja geradezu symptomatisch für gewisse republikfeindliche Bestrebungen der ÖVP-Reaktion ist der von dieser Seite geäußerte Wunsch nach Rückkehr zur alten Haydn-Melodie. Dieser, teils musiktheoretisch, teils historisch, begründete Wunsch ist um so bedenklicher, als gerade in letzter Zeit die österreichische Öffentlichkeit durch die Rückkehrpläne des ambitionierten "Thronprätendenten" Dr. Otto von Habsburg unruhigt wird. Mit einiger Phantasie könnte man sich die triumphale Rückkehr dieses verspäteten Anwärters auf die Wiener Kapuzinergruft unter den Klängen der Haydn-Melodie vorstellen. Da es zu dieser Melodie, wie bereits erwähnt, mehrere Textfassungen gibt, könnte sich bei dieser und auch bei anderen Gelegenheiten jeder diejenige Fassung aussuchen, die ihm am meisten zusagt.

Die katholische, österreichische, kulturpolitische Wochenzeitung "Die Furchen" führt, ausgehend von einer "Initiative österreichischer Musikfachleute" gegenwärtig eine Diskussion um die "Haydn-Hymne im Haydn-Jahr" und stellt zur Frage ihrer Wiedereinführung fest: "Nüchternen Freunde ihrer Wiedereinführung, fernab von Romantik und Reaktion, glauben, daß die innere politische Gesundheit, das gesunde Selbstbewußtsein des Volkes in Österreich heute so weit fortgeschritten ist, daß die Schatten der Vergangenheit das strahlende Tongemälde nicht zu verdunkeln vermögen". Die sozialistische "Arbeiter-Zeitung" aber erinnerte daran, daß 120 Jahre lang diese Hymne "zur Glorifizierung einer Dynastie gespielt und gesungen wurde, die zuletzt zur Behauptung ihrer Hausmacht die Völker - wieder unter den Klängen dieser Hymne - auf die Schlachtbank geführt hatte".

Das "Kleine Volksblatt", das Zentralorgan der ÖVP, macht daraus den Sozialisten den Vorwurf, daß sie, "wie wir es von ihnen gewohnt sind, wieder einmal nicht über den Schatten der Vergangenheit zu springen vermögen". Eine sachliche Auseinandersetzung sei dadurch völlig unmöglich geworden, und deshalb empfiehlt das ÖVP-Blatt, man möge "vorläufig wenigstens" bei der Mozart-Hymne bleiben. Wenn dann auch Dr. Otto von Habsburg "vorläufig wenigstens" in Pöcking am Starnbergersee bliebe, könnten weiterhin politische Entscheidungen getroffen werden, die notwendiger und fruchtbarer sind.

10. Februar 1959

Verwirrung an der Saar

A.B., Saarbrücken

Die Hoffnungen der Saarländer, ihren Land möge in der letzten und schwierigsten Phase der wirtschaftlichen Übergangszeit eine lange Regierungskrise erspart bleiben, haben sich höchstwahrscheinlich am vergangenen Samstag zerschlagen. Die Demokratische Partei Saar beschloss entgegen ihrem bisherigen Verhalten, sich nicht an einer Viererkoalition zu beteiligen, wenn in dieser "ein Mitglied einer noch bestehenden CVP, in welcher Johannes Hoffmann Ehrenvorsitzender ist, vertreten sein soll."

Die Bildung einer Allparteienregierung ist damit unmöglich geworden. Jetzt steht nur noch die Bildung einer Dreierkoalition zwischen CDU, CSU/CVP und SPD zur Debatte. Über eine solche Koalition muß zuerst noch einmal der SPD-Parteiausschuß entscheiden. Dieser aber hatte eine solche bereits bei den Regierungsverhandlungen im Jahre 1957 abgelehnt, nachdem es damals durch die Schuld der DPS zu einer Regierungskrise gekommen war. Eine erneute Ablehnung dieser Dreierkoalition durch die SPD ist also durchaus möglich.

Die DPS hat nun vorgeschlagen, wieder eine Koalition zwischen CDU, DPS und SPD unter Führung des CDU-Vorsitzenden Egon Reinert, der auch der alten Regierung vorstand, zu bilden. Das würde aber bedeuten, daß die CDU von dem mit der CSU/CVP geschlossenen Rahmenabkommen abweicht, in dem bereits für Mitte Januar die Aufnahme eines CSU/CVP-Mitgliedes in die Regierung vorgesehen ist. Und auch nur zu diesem Zweck ist Egon Reinert am 21. Januar mit seinem Kabinett zurückgetreten, nachdem es keine andere Möglichkeit gegeben hatte, Justizminister Dr. Mey (CDU) aus der Regierung zu entfernen, um sein Ministerium für ein Mitglied der CSU/CVP freizumachen. Die CDU hat auch in einer ersten Verlautbarung bereits festgestellt, daß sie den eingeschlagenen Weg zur "Christlichen Einheit" weitergehen will. Sie will auf die Aufnahme der CSU/CVP in die Regierung bestehen. Besteht sie nicht darauf, wird das Rahmenabkommen mit der CSU/CVP hinfällig.

so daß diese sich auch nicht im März - wie vorgesehen - auflösen muß. Alles Bemühen der CDU um die "Christliche Einheit" war dann umsonst gewesen.

Sollte die von der CDU jetzt geplante Dreierkoalition mit CSU/CVP und SPD nicht zustande kommen, bliebe demnach nur die Auflösung des Landtages und die Durchführung von Neuwahlen möglich. Dann sollte man sich dazu aber schnell entschließen, denn an der Saar darf jetzt nicht viel Zeit verschwendet werden. Sowohl die DPS als auch die CDU werden sich zu Neuwahlen jedoch nur schweren Herzens entschließen können. Die DPS weiß ganz genau, daß sie niemals mehr so viele Stimmen erhalten wird wie bei der Landtagswahl im Jahre 1955, als es ihr gelungen war, einen Einbruch in traditionell sozialdemokratische Wählerschichten zu erzielen. Schon bei den letzten Bundestagswahlen hatte die SPD die DPS weitgehend wieder zurückgedrängt. Die DPS rutschte in der Stärke vom zweiten auf den vierten Platz, während die SPD nach den Bundestagswahlen ihren bisherigen Platz einnahm. Nach dem Urteil aller politischen Beobachter an der Saar wird die SPD bei den nächsten Wahlen der DPS weitere Stimmen abholen. Die DPS wiederum kann nur hoffen, daß sie einen Teil der an die SPD zu verlierenden Stimmen wieder von der CDU erhält.

Die CDU hat allen Grund, Stimmenverluste zu befürchten, da ihre Haltung in den letzten Monaten viel Unwillen bei der Bevölkerung hervorgerufen hat. Außerdem ist zu erwarten, daß Dr. Ney und seine politischen Freunde mit einer eigenen Liste sich an den Landtagswahlen beteiligen werden, so daß dann drei "christliche" Parteien sich um die Gunst der Wähler bewerben werden. Als einzige Partei kann deshalb die SPD eventuellen Neuwahlen ruhig entgegentreten. Sie wird sie trotzdem im jetzigen Moment aus politischer Verantwortung heraus nicht sehr begrüßen, da das Land zur jetzigen Zeitpunkt keine Neuwahlen, sondern eine feste Regierung braucht. Daß dies nicht der Fall ist, ist aber allein Schuld der CDU. Sie hat landespolitische Fragen partei-internen Fragen untergeordnet und somit eine Regierungskrise ausgelöst, die das Land in eine schwierige Situation bringt.

Das Fernsehen lockt

(rh) - Zu den Erwägungen in der westdeutschen Öffentlichkeit, wie weit das Fernsehen den Kinos, den Theatern und dem Rundfunk eine Konkurrenz bereitet, liefert die Jahresstatistik der Hansestadt Hamburg einige überaus interessante und bemerkenswerte Zahlen. Bei Hamburg mit seinen 1,8 Millionen Einwohnern muß noch in Betracht gezogen werden, daß es als internationale Hafenstadt mit den in der ganzen Welt bekannten Vergnügungsvierteln ständig die mannigfaltigsten Unterhaltungsmöglichkeiten bietet und Einheimische sowie Besucher demnach stets eine große Auswahl zwischen diesen Darbietungen und der Betrachtung der Fernsehprogramme haben. In Hamburg ist "immer was los", so daß man nicht - wie in anderen weniger lebhafter Städten - auf das Fernsehen "angewiesen" ist.

Trotzdem zeigt die Statistik, daß der starken Zunahme von Fernsehgenehmigungen zumindest bei den Kinos bei erhöhter Plätzezahl ein Rückgang der Zahl der Kinobesucher entspricht. Dagegen hat die Zahl der Rundfunkgeräte weiter zugenommen, und auch die Besucherzahlen in den von der Statistik erfaßten neun Theatern haben sich behauptet. Die Zahl der Fernsehapparate verzeichnet zwischen 1956 und 1957 eine sprunghafte Steigerung von 37.951 auf 66.670. Auch im Vorjahr hielt dieser Siegeszug des Fernsehens an. Ende 1958 wurden in Hamburg 110.000 Fernsehgenehmigungen gezählt. Auf 1.000 Hamburger Haushaltungen kamen 1956 erst 54 Fernsehapparate, im nächsten Jahr bereits 93 und im Vorjahr 152.

Dagegen ist die Zahl der jährlichen Kinobesuche, die auf einen Einwohner im Durchschnitt entfallen, von 21 in den Jahren 1956 und 1957 auf 19 zurückgegangen. Die 171 Hamburger Kinos im Jahre 1956 wurden bei 90.291 Kinoplatzen noch von 37.431.712 Personen besucht. 1957 gab es 176 Kinos mit 92.275 Plätzen, aber mit etwas weniger, nämlich 36.360.775 Besuchern. Der Rückgang der Zahl der Kinobesucher machte im Vorjahr weitere Fortschritte. Die 177 Hamburger Kinos mit ihren 94.233 Plätzen lockten 34.900.000 Besucher an. Der Rückgang hat sich also mit etwa der gleichen Zahl bei bereits verringertem Gesamtbesuch fortgesetzt und erklärlicherweise die Kinobesitzer mobilisiert.

Als sehr "krisenfest" hat sich der Rundfunk erwiesen. Er hat die Fernsehattacke bisher überraschend gut überstanden. Gab es 1956 in Hamburg 571.594 Rundfunkhörer (912 auf 1.000 Haushaltungen), so stieg ihre Zahl 1957 auf 591.418 (828 auf 1.000 Haushaltungen) und im Vorjahr mit der gleichen Beharrlichkeit auf 610.000 (843 auf 1.000 Haushaltungen). Auch die Hamburger Theater können "nicht klagen". Die Besucherzahlen für die beiden letzten Jahre: Staatsoper 516.358 und 500.000 (bei verringerter Zahl der Aufführungen), Deutsches Schauspielhaus 520.272 und 545.000 (mehr Vorstellungen), Thalia-Theater 300.735 und 305.000, Kammerspiele 161.255 und 160.000, St. Pauli-Theater 195.747 und 170.000 (16 Vorstellungen weniger), Richard Ohmsorg-Theater (Niederdeutsche Bühne) 152.083 und 137.000, Das Junge Theater 92.449 und 112.000, Die Kleine Komödie 40.307 und 38.000 und das Theater im Zimmer 31.749 und 35.000.

Bei den Hamburger Museen läßt sich die gleichfalls erfreuliche Feststellung machen, daß die Gesamtzahl der Besucher während der letzten drei Jahre im wesentlichen gleich geblieben ist, besondere Ausstellungen jedoch sehr hohe Besucherzahlen aufzuweisen hatten.

+ + +